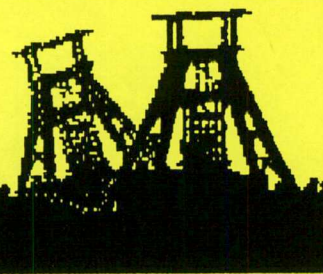


# KONRAD *Press*



Pressedienst des Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.) zum KONRAD Erörterungstermin.  
Verantwortlich: Peter Dickel, Sophienstraße 14, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531 / 89 16 32 - Büro während des Erörterungstermins: Tel. 05341 / 15233, Fax: 05341 / 835 - 112

Freitag, 04.12.92

Ausstieg aus der Atomenergie:

## KONRAD und Morsleben stehen als Bauernopfer nicht zur Verfügung

Schröder (AG Schacht KONRAD e.V.): Wer KONRAD als Endlager für den Ausstieg will, muß das laufende Verfahren ersteinmal abbrechen !

Einhellig begrüßt haben Vertreter der Bürgerinitiativen gegen die Endlager Schacht KONRAD und Morsleben am Freitag Vormittag die bekanntgewordenen Bereitschaft von RWE und VEBA, aus der Atomenergie auszusteigen. Übereinstimmend erklärten jedoch Dorothea Jantzen-Pöhlmann von der BI Morsleben und der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., Claus Schröder, daß KONRAD und Morsleben als Bauernopfer für den Ausstieg aus der Atomenergie nicht zur Verfügung stehen.

"Wir haben immer gesagt", so Frau Jantzen-Pöhlmann, "daß wir bereit sind, gemeinsam nach einem Ort zu suchen, wenn es auf der anderen Seite eine verlässliche Bereitschaft zum Ausstieg gibt". Aus Sicherheitsgründen käme Morsleben hierfür jedoch nicht in Betracht.

Für den Standort KONRAD verwies Claus Schröder auf den Zuschnitt des geplanten Endlagers: "Im Erörterungstermin ist immerwieder deutlich geworden, daß KONRAD kein Endlager für den Ausstieg sein kann. Weder das beantragte Hohlraumvolumen von 650.000 qm noch die dem Plan zugrundeliegenden Endlagerbedingungen sprechen dafür." Tatsächlich fallen in Deutschland bis weit ins nächste Jahrtausend nur ca. 200.000 qm Atom Müll an, von denen aber auf Grundlage des Planes große Mengen garnicht in KONRAD gelagert werden dürften.

***"Es wäre aus unserer Sicht unerträglich", so Schröder weiter, " wenn KONRAD als Endlger für den Ausstieg politisch beschlossen würde, obwohl der Antragsteller selbst immerwieder betont, daß sich die KONRAD-Pläne nicht auf den realexistierenden Atom Müll beziehen. Wenn es einen unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomenergie gibt, mußes auch ein neues Konzept geben, wie mit dem realexistierenden Müll am wenigsten gefährlich umgegangen werden kann. Von mir aus, kann man hierfür neben anderen Standorten auch KONRAD untersuchen. Allerdings hat der derzeit vorliegende Plan keine Hinweise darauf gellefert, daß KONRAD überhaupt als Endlager geeignet sein könnte. Aber dies wäre ggfs. unter anderen Bedingungen bei vergleichender Betrachtung mehrerer Standorte zu klären. Voraussetzung istin jedem Falle der Abbruch des derzeitigen Verfahrens. Ob wir unter Sicherheitsaspekten einen neuen Plan dann akzeptieren könnten, läßt sich heute überhaupt nicht sagen, denn aus unserer Sicht ist es nicht statthaft, über Sicherheitsfragen politisch zu entscheiden!"***

\*\*\*\*\*

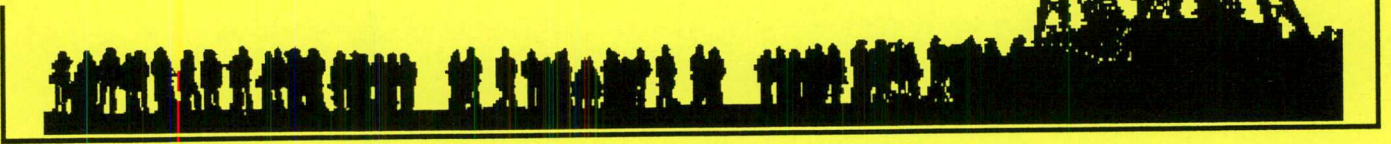
### DOKUMENTATION:

In dem von einigen Zeitungen heute zitierten Brief der beiden Vorstandsvorsitzenden Gieseke (RWE) und Piltz (VEBA) über ein Allparteiengespräch zum Ausstieg aus der Atomenergie beim Bundeskanzler wird u.a. gefordert:

**"Für schwachradioaktive Betriebsabfälle: Wiederinbetriebnahme des Endlagers Morsleben sowie zügige Fertigstellung des Endlagers Conrad vordringlich und unverzichtbar."**

000001

# KONRAD Press



Pressedienst des Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.) zum KONRAD Erörterungstermin.  
Verantwortlich: Peter Dickel, Sophienstraße 14, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531 / 89 16 32 - Büro während des Erörterungstermins: Tel. 05341 / 15233, Fax: 05341 / 835 - 112

Nr. W12 vom 01.12.92

12. Woche im KONRAD-Erörterungstermin:

## Langzeitsicherheit, Chemotoxizität, der Nikolaus und ein Befangenheitsantrag gegen den TÜV

Gutachter bemängeln geringe Datendichte beim Antragsteller/Verhandlungsleitung: Bundesamt zäh wie Kaugummi-erörtern bleibt Fremdwort

Nach der energischen Ablehnung, mit der sich Betroffenen aus der Region am letzten Samstag v.a. wegen der Transportrisiken gegen die KONRAD-Pläne wandten, stehen im Erörterungstermin jetzt wieder die deutlich leiseren Beiträge der Sachbeistände an. Deutlich mehr als bisher, so der Sachbeistand der Städte **Salzgitter, Braunschweig** und **Wolfenbüttel**, **Dr. Detlef Appel** (PanGeo, Hannover), sei das Strahlenbundesamt gefordert, auch auf die leisen Töne einzugehen. Appel wies zum Wochenbeginn auf Anfrage darauf hin, daß das Bundesamt gefordert sei, endlich auf die Fragen der Sachbeistände zu den Planunterlagen tatsächlich Antworten zu geben. Die Erörterung in der letzten Woche sei bis auf wenige Ausnahmen davon gekennzeichnet gewesen, daß das BfS sich der Erörterung entzogen habe, nicht konkret auf gestellte Fragen eingegangen sei, ausweichend geantwortet bzw. Statements vorgelesen habe. Dieses Verhalten des BfS war auch von der Verhandlungsleitung in den letzten Wochen immer wieder gerügt worden und führte zu immer wiederkehrenden Verfahrensdebatten. U.a. hatte die Verhandlungsleitung in der vergangenen konstatiert: Das Bundesamt sei zähe wie Kaugummi und erörtern bliebe ein Fremdwort.

Völlig offen ist auch noch die Stellungnahme des BfS zu den Beweisanträge des Physiko-Chemikers und LBU-Sachbeistandes **Prof. Dr. Rolf Bertram** (TU Braunschweig) zum Kenntnisstandes des BfS über die Zusammensetzung und Reaktion der organisch-chemischen und chemo-toxischen Stoffe, die in Schacht KONRAD eingelagert werden sollen. Die Fortsetzung der Erörterung der Beweisanträge von Prof. Bertram mit Unterstützung der beiden braunschweiger Diplomchemiker **Postler** und **Musiol** ist für Mittwoch ab 14.00 Uhr angesetzt. Hier will Prof. Bertram auch einen Befangenheitsantrag gegen den TÜV als Gutachter der Genehmigungsbehörde stellen, den er bereits für die letzte Woche angekündigt hatte.

**Für Samstag 12.00 Uhr hat sich der Nikolaus angesagt.**

### Die Woche im Überblick:

Mittwoch, 2.12.92	11.00-19.00 Uhr ab ca. 14.00 Uhr ab ca. 18.00 Uhr	Erörterung zum Thema Langzeitsicherheit Prof Dr. Rolf Bertram (Chemismus und Chemotoxizität) Bürgerstunde
Donnerstag, 3.12.92	10.00-19.00 Uhr ab ca. 18.00 Uhr	Erörterung zum Thema Langzeitsicherheit Bürgerstunde
Freitag, 4.12.92	10.00-19.00 Uhr ab ca. 18.00 Uhr	Erörterung zum Thema Langzeitsicherheit Bürgerstunde
Samstag, 5.12.92	10.00-14.00 Uhr ab ca. 12.00 Uhr ab ca. 13.00 Uhr	Erörterung zum Thema Langzeitsicherheit Nikolaus Bürgerstunde

000002

Langzeitsicherheit:

## **Appel: "Befürchtung über mangelnde Datendichte hat sich bestätigt"**

Trotz der Versuche des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) in den letzten Wochen, einer substantiellen Erörterung seiner Pläne weitgehend auszuweichen, sieht Dr. Appel seine Befürchtungen über die geringe Datendichte die dem Plan zugrundeliegt, bestätigt. Der Umfang der harten Naturdaten, die den Planunterlagen zugrundeliegen, sei so gering, wie der Plan dies vermuten läßt. Von einer repräsentativen Datenerhebung im Modellgebiet könne keine Rede sein.

Die Erörterung wird sich diese Woche weiterhin vor allem um die Datenbasis und den Standort selber drehen, etwa über die geologischen, tektonischen und seismologischen Verhältnisse und die Gebirgsmechanik, sowie um die geologischen Langzeitprognosen, die sich daraus ableiten lassen. Frühestens ab Freitag, vermutet Dr. Appel, wird mit dem Komplex Modellrechnungen begonnen werden können.

Prof.Dr. Bertram: Atommülllager oder Giftmülldeponie? Oder beides?

## **700 Tonnen Giftmüll in KONRAD ?**

Alles, was Rang und Namen als Giftmüll habe, sei in den entsprechenden Tabellen in den Planunterlagen zum Atommüllendlager Schacht KONRAD zu finden, konstatierte Prof. Dr. Bertram am letzten Mittwoch im Erörterungstermin. Bei 20.000t Inventar sei ein Giftmüllanteil von 700t zu erwarten.

Bertram legte 16 Beweisanträge zu den Problembereichen organisch-chemische Stoffe (8), chemotoxische Stoffe (6), sowie Vermischungen (2) vor. Dem Vorschlag der Verhandlungsleitung folgend, begründete Bertram die Anträge einzeln. Das Bundesamt weigerte sich jedoch, diesem Vorschlag zu folgen und lehnte die von der Verhandlungsleitung nach jedem einzelnen Antrag demonstrativ eingeräumte Möglichkeit zur Stellungnahme ab. Es forderte für sich die Möglichkeit, sich erst dann zu äußern, wenn alle Anträge vorgetragen und begründet seien. Dies führte zu der nun schon sattem bekannten Verfahrensdebatte über den Sinn einer substantiellen Erörterung, der nach übereinstimmender Auffassung von EinwenderInnen und Verhandlungsleitung vom BfS konterkariert wird. Die Verhandlungsleitung wies darauf hin, daß eine zusammenfassende Stellungnahme des BfS zu einem späteren Zeitpunkt dann zwangsläufig zu einer neuen inhaltlichen Erörterungsrunde führen müsse, das BfS damit wesentlich zur Verschleppung des Verfahrens beitrage.

Da Bertram aufgrund der zur Verfügung stehenden Zeit bisher nur einen Teil seiner Anträge begründen konnte, und hiermit am Mittwoch fortfahren wird, steht auch die Stellungnahme des BfS noch aus. Bertram wies darauf hin, daß er noch eine große Anzahl weiterer Beweisanträge zu stellen habe, was bei dem vom BfS erzwungenen Procedere vermutlich noch eine Vielzahl weiterer Verhandlungstage dauern würde.

Aufgrund der Verzögerungen durch das BfS erst am Mittwoch will Bertram dann auch einen Befangenheitsantrag gegen den TÜV stellen, den er bereits für die vergangene Woche angekündigt hatte. Der TÜV sei so offensichtlich Parteilich für die Atomenergie, daß er aus Sicht der EinwenderInnen als unabhängiger Gutachter für die Genehmigungsbehörde untragbar sei.

Apfel, Nuss und Mandelkern und noch so manches andere ...

## **Für Samstag 12.00 Uhr hat sich der Nikolaus angesagt !**

Was Verhandlungsleitung, EinwenderInnen, Gutachtern und Antragstellern recht, ist auch dem Nikolaus billig: Überstunden. Darum wird der Nikolaus in diesem Jahr ausnahmsweise schon am 5. Dezember tätig, um alle Verfahrensbeteiligten im Erörterungszelt zu bedenken. Kinder sind besonders herzlich eingeladen, wenn Bürger Nikolaus am Samstag um 12.00 Uhr die Bürgerstunde eröffnet, denn für die gibt es (wie könnte es anders sein) Apfel, Nuss, Mandelkern und kleine Süßigkeiten. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren konnten, hat der Nikolaus aber auch für alle anderen Verfahrensbeteiligten etwas dabei. Aber was, das konnten wir leider nicht erfahren.

000003

# KONRAD *Press*



Pressedienst des Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.) zum KONRAD Erörterungstermin.  
Verantwortlich: Peter Dickel, Sophienstraße 14, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531 / 89 16 32 - Während des Erörterungstermins: Tel. 05341 / 15233, Fax: 05341 / 835 - 112

Nr. 32b vom 29.11.92

Transporte im KONRAD-Erörterungstermin:

**"Eine Belegschaft, die vor 50 Jahren dazu in der Lage war, die Demontage durch die damals englischen Besatzer zu verhindern, wird auch in der Lage sein, ein Atommüllendlager KONRAD zu verhindern"** (Heinz Gromöller, Betriebsratsvors. VPS)

Als wichtigen inhaltlichen Erfolg der EinwenderInnen hat es der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., Claus Schröder, am Samstagnachmittag bezeichnet, daß sich der Bundesumweltminister entgegen seiner eigenen Rechtsauffassung offenbar gezwungen gesehen habe, sich einer vertiefenden Diskussion der Transportfrage zu stellen. Etwa 1.500 EinwenderInnen hatten sich am Freitag und Samstag an einer ersten, vorgezogenen Erörterungsrunde zur Transportfrage beteiligt, die der Bundesumweltminister zunächst abgelehnt hatte, und an der sich das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) zunächst nicht beteiligen wollte. Schröder: *"Töpfer war gut beraten, hier einzulenken, denn die Ausführungen vieler Betroffener hat deutlich gemacht, daß dies eine Frage ist, an der die Auseinandersetzung in der Region schnell eskalieren könnte."* Für den DGB erklärte deren Verfahrensvertreter Hansi Volkmann: *"Wir haben jetzt zum wiederholten Male gezeigt, daß wir zur sachlichen Erörterung unserer Einwendungen bereit sind. Leider ist das Strahlenbundesamt nicht bereit, vielleicht ja auch garnicht in der Lage, auf unsere konkreten Einwendungen konkret zu antworten. Aber es soll sich nicht täuschen: Unsere sachliche Diskussionsbereitschaft sollte nicht mit Schwäche verwechselt werden. Der Hinweis des Kollegen Gromöller auf die Verhinderung der Demontage und andere Hinweise auf die Grenzen der Frustrationsbereitschaft in der Region sollten von Bund und Land nicht auf die leichte Schulter genommen werden."*

Insbesondere Belegschaftsvertreter der umliegenden Metallbetriebe, unterstützt vom Rechtsvertreter des DGB, Andreas Gleim, sowie Betroffene aus Orten in der Region, gestützt auf den Anwalt der Gemeinde Lengede und die Sachbeistände der Kommunen, beteiligten sich an der Erörterungsrunde. Im Umfeld fanden an mehreren Orten der Region und im Bundesgebiet Informationsveranstaltungen und -aktionen statt, die auf das Transportrisiko hinwiesen. Im weiteren Verlauf des Erörterungstermins wird die Transportfrage als Komplex 5b vermutlich im Februar erörtert.

**"Jedenfalls im Bereich atomarer Transporte gibt es keine Jungfrauengeburt, die Abfälle werden nicht in KONRAD hinter dem Zaun gezeugt oder erzeugt oder erschaffen, sondern sie müssen hierhergebracht werden"** (Andreas Gleim, Rechtsvertreter des DGB)

Im Zentrum der Erörterung stand die rechtliche Bewertung der Transportfrage. Das Strahlenbundesamt vertrat seine schon bekannte Position, die Transporte seien nicht Gegenstand der Planfeststellung für das Atommüllendlager. Gegenstand könne nur sein, was in funktionalem Zusammenhang mit dem Betrieb des Endlagers stehe, äußerte die Rechtsvertreterin des Strahlenbundesamtes, dies aber sei bei den Transporten nicht der Fall. Zudem würden die Transporte in anderen Genehmigungsverfahren behandelt.

Bereits am Freitag hatte der Rechtsanwalt der Gemeinde Lengede, Rainer Nümann, nachgewiesen, daß die Behauptung des BfS, die Transporte würden in gesonderten Verfahren genehmigt, irreführend ist. Tatsächlich gibt es für Transporte für den für KONRAD vorgesehenen Müll keine Einzelgenehmigungen, sondern pauschale Genehmi-

000004 - 2 -

gungen, die den Transporteuren über einen längeren Zeitraum (in der Regel 3 Jahre) erteilt werden, und deren Zuverlässigkeit betreffen. Insofern könnten die Einwände der Betroffenen vor Ort, die sich nicht auf einzelne Transporte, sondern auf das mit dem besonderen Transportvorkommen zum geplanten Endlager verbundene Risiko beziehen, durch diese Genehmigungen nicht abgeholfen werden.

Als unhaltbar wies der **Rechtsvertreter des DGB, Andreas Gleim**, am Samstag die Auffassung zurück, die Transporte stünden nicht in einem funktionalen Zusammenhang zum Endlagerbetrieb: **"Jedenfalls im Bereich atomarer Transporte gibt es keine Jungfrauengeburt, die Abfälle werden nicht in KONRAD hinter dem Zaun gezeugt oder erzeugt oder erschaffen, sondern sie werden hierhergebracht und deshalb muß dies hier diskutiert werden."**

Belegschaftsvertreter der umliegenden Metallbetriebe belegten dies sehr anschaulich. Der Betriebsratsvorsitzende der Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter, Gromöller, verwies beispielhaft auf einen Bahnübergang kurz vor dem Hüttengelände, über den ein erheblicher Teil von Tanklastzügen aus dem Hafen Salzgitter-Beddingen fahre. Dieser besondere Gefahrenpunkt außerhalb des Endlagerzaunes müsse ebenso zum Gegenstand des Verfahrens gemacht werden, wie der gesamte, nicht für Atomtransporte vorgesehene und eingerichtete Anlagen der Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter. Preussag-Stahl-Betriebsrat Peter Ramacher fragte, ob das BfS denn davon ausgehe, den Atommüll ins Endlager zu zaubern, wenn es die Transporte nicht als notwendig erachte.

**Die niedersächsische Genehmigungsbehörde sei der Auffassung, erklärte Verhandlungsleiter Schmidt-Eriksen, daß die Transporte in das Planfeststellungsverfahren hineingehöre. Er bat jedoch zugleich um Verständnis, für eine Genehmigungsbehörde, "die durch die ihr übergeordnete Fachaufsichtsbehörde gezwungen wird, einen Rechtsstandpunkt einzunehmen, die sie aus inhaltlichen Erwägungen nicht teilen kann."**

**"Was Du ererbt von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen !"**

Zahlreiche Belegschaftsvertreter rügten, den bisherigen Verlauf des Verfahrens. Es stoße in den Betrieben auf Unmut und Ablehnung, daß das Strahlenbundesamt sich kontinuierlich weigere, auf die konkreten Einwendungen einzugehen.

Für 3.700 EinwanderInnen aus Lengede bezeichnete der gelernte Lokomotivführer Jürgen Eschemann den Termin als eine menschenunwürdige Verhöhnung und Beleidigung, Diskriminierung durch die Antragstellerseite. In dem von stürmischem Beifall unterbrochenen Beitrag fragte Eschemann u.a., was denn später einmal sei, wenn es nicht um bestellte Szenarien ginge, wenn Fässer in einen Unfall verwickelt seien, wo nur "radioaktive Taschentücher" aus dem Kernforschungsanlage Karlsruhe draufstehe und es nur 2cm dicke Blechfässer seien, in Wirklichkeit aber "irgendwelcher radioaktiver Scheißdreck" drin sei. Er selber habe von seinen Großvätern ein kleines Gehöft geerbt, auf dem sich diese Leute in ehrbarer Weise ernährt haben, keine Schulden gemacht haben und er habe es von seiner Großmutter erhalten mit den Worten: "Was Du ererbt von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen." Und besitzen bedeute für ihn, es zu verteidigen: "ich werde es verteidigen, um alles in dieser Welt". Dieses Anwesen liege direkt an einem ebenerdigen Bahnübergang, an dem sich Atommülltransporte auf Straße und Schienen kreuzen könnten. **Eschemann warnte davor, "wenn diese makabre Szenerie, die hier abläuft, so weiterbetrieben wird, daß die Frustrationen und Emotionen irgendwann ausbrechen. Der Mensch ist nur begrenzt leidensfähig. Ihr könnt von Glück sagen, daß es bis jetzt hier noch keinen Terror gegeben hat. Treibt Ihr es weiter in dieser Form hier, mit dieser Verhöhnung und mit dieser Menschenunwürdigkeit, irgendwann geht dieser Sturm auf. Bis dahin: Schafft diese Wirtschaft aus der Region und es kommt wieder Friede in die Region."**

Ernst-Otto Trustorff forderte auch für die Bewohner der Braunschweiger Ortsteile Timmerlah, Geitelde und Stiddien, aus denen 20 Familien im Konvoi um Termin gekommen waren, über die Transporte nicht nur zu reden, sondern sie verfahrenswirksam zu behandeln. Die drei Ortsteile seien dreifach betroffen: wenn der Müll nach Braunschweig gebracht werde, wenn er aus Braunschweig zum Übergabebahnhof Beddingen gebracht wurde und schließlich durch den Übergabebahnhof selbst, der in unmittelbarer Nähe der Ortschaften liege. Die Wissenschaftler sollten nicht vergessen, daß das entscheidende Restrisiko für die KONRAD-Pläne die Menschen sind, die in der Region selber leben.

**Für weitere Informationen am Sonntag: 0531 / 89 16 32**

000005

# KONRAD *Press*



Pressedienst des Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.) zum KONRAD Erörterungstermin. Verantwortlich: Peter Dickel, Sophienstraße 14, 3300 Braunschweig - Während des Erörterungstermins: Tagungsbüro der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD: Tel. 05341 / 15233, Fax: 05341 / 835 - 112

Dienstag, 23.11.92

Nocheinmal Spannung im KONRAD-Erörterungstermin:

## **Samstag wollen die EinwenderInnen die Transportfrage erörtern**

**Mittwoch: Befangenheitsantrag gegen den TÜV Hannover/Sachsen-Anhalt**

Spannend **soll** es nach Auffassung von EinwenderInnen in dieser Woche noch einmal im KONRAD Erörterungstermin werden. Mit einer Serie von Beweisanträgen und einem Befangenheitsantrag gegen den TÜV Hannover/Sachsen-Anhalt wird der Physiko-Chemiker Prof. Dr. Rolf Bertram am Mittwoch in das Verfahren einsteigen. Ebenfalls am **Mittwoch** wird die Braunschweiger Wissenschaftstheoretikerin Prof.Dr. Erika Hickel ihre Vermutung begründen, daß bestimmte Rechenmodelle, die zu kritischen Ergebnissen für die KONRAD-Pläne geführt hätten, administrativ verhindert wurden.

Gegen den **erklärten** Willen des Bundesamtes für Strahlenschutz und die zunächst ablehnende Haltung der Genehmigungsbehörde, wollen die EinwenderInnen am Freitag und Samstag die Transportfragen erörtern. Aufgrund des großen Interesses an dieser Frage in der Region gehen sie von einer Beteiligung aus, die deutlich über der bisherigen liegt. **Die IG Metall Salzgitter führt ab 09.00 Uhr morgens eine Funktionärsversammlung zum Thema Transporte durch, zu der auch Monika Grifahn eingeladen ist. Die Versammlung wird sich ab 10.00 Uhr geschlossen an der Erörterung beteiligen.**

Thematisch **befindet** sich die Erörterung derzeit beim Themenkomplex 3. Langzeitsicherheit. Neben den Fragen, die von von Bertram und Hickel angesprochen werden, wird es v.a. um die konkrete Datenlage gehen.

### Die Woche im Überblick:

Mittwoch, 25.11.92	11.00-19.00 Uhr ab ca. 15.00 Uhr  ab ca. 18.00 Uhr	Erörterung zum Thema Langzeitsicherheit Prof.Dr. Rolf Bertram (Chemismus und Chemotoxizität) Prof. Dr. Erika Hickel Bürgerstunde
Donnerstag, 26.11.92	10.00-19.00 Uhr ab ca. 18.00 Uhr	Erörterung zum Thema Langzeitsicherheit Bürgerstunde
Freitag, 27.11.92	10.00-19.00 Uhr ab ca. 16.00 Uhr ab ca. 18.00 Uhr	Erörterung zum Thema Langzeitsicherheit erste Einwendungen zur Transportfrage Bürgerstunde
Samstag, 28.11.92	10.00-14.00 Uhr	Erste Runde Erörterung der Transportfrage

Weitere Informationen zu den einzelnen Schwerpunkten siehe nächste Seite

000006

Prof.Dr. Rolf Bertram zum Chemismus und zur Chemotoxizität:

## **Beweisanträge und ein Befangenheitsantrag gegen den TÜV**

Bereits zweimal hat der in Göttingen lebende und in Braunschweig lehrende Pysiko-Chemiker Prof. Dr. Rolf Bertram als Einwender versucht, Fragen der chemischen Reaktionsprozesse in dem in KONRAD einzulagernden Müll in den Erörterungstermin einzubringen. Nach administrativen Hindernissen, sagte die Verhandlungsleitung verbindlich zu, diesen Fragen nun zunächst am Mittwoch, dem 25.11 und Mittwoch, dem 2.12. Erörterungszeit zu widmen. Skeptisch ist Bertram allerdings, daß diese Zeit ausreichen wird. Gestützt auf eine mehrwöchige Akteneinsicht will er eine ganze Reihe von Beweisanträgen stellen und gegen den TÜV als Gutachter der Genehmigungsbehörde einen Befangenheitsantrag stellen. Bertram wird in seinen Azuführungen von den beiden braunschweiger Dipl.Physikern Postler und Musiol unterstützt, die sich speziell zu den Reaktionskinetischen Betrachtungen kritisch äußern wollen.

### **Bertrams Hauptaussagen:**

- **Das Endlager KONRAD ist ein großer chemischer Reaktor, in dem völlig unkalkulierbare Reaktionsprozesse ablaufen werden und**
- **Dem Bundesamt für Strahlenschutz fehlen nicht nur das nötige Problembewußtsein und die nötigen Untersuchungen, sondern er sei mit seinen Betrachtungen auch nicht auf der Höhe der wissenschaftlichen Diskussion.**

Transporte erörtern, solange das Erörterungszelt noch steht:

## **Große Zahl von EinwenderInnen für Samstag erwartet**

Die überdimensionierte Leichtbauhalle soll nicht umsonst aufgebaut worden sein, meinten EinwenderInnen, als sie erfuhren, daß die KONRAD-Erörterung vermutlich ab Dezember in kleineren, winterfesten Räumen fortgesetzt werden soll. Zumindest zur Frage der Transporte nämlich wollen sich sehr viele EinwenderInnen, die sich im übrigen durch den im Erörterungszelt versammelten Sachverstand bestens vertreten sehen, persönlich Stellung nehmen. Grausame Aktualität bekam die Forderung durch den Eisenbahnunfall von Northeim.

Allerdings stieß die Forderung, am Freitag, dem 27.11. und Samstag, dem 28.11. eine erste Erörterungsrunde zu den Transporten durchzuführen, auf die schroffe Ablehnung des Bundesamtes für Strahlenschutz. Ohne das wollte die Genehmigungsbehörde das heiße Eisen aber eigentlich nicht anpacken. Die EinwenderInnen, Gewerkschaften, Landvolk, Umweltverbände und Bürgerinitiativen blieben jedoch bei ihrer Forderung, erneuerten ihren Antrag. Die Entscheidung der Verhandlungsleitung wird Anfang der Woche erwartet.

Die IG Metall Salzgitter hat eigens zu dem Thema ihre Funktionäre für Samstag einberufen. Zu der um 09.00 Uhr beginnenden Konferenz ist auch Monika Grifahn eingeladen. Ab 10.00 Uhr woll die Funktionäre dann am Erörterungstermin teilnehmen. Auch in den Metallbetrieben wird von der Gewerkschaft auf den Termin hinweisen.

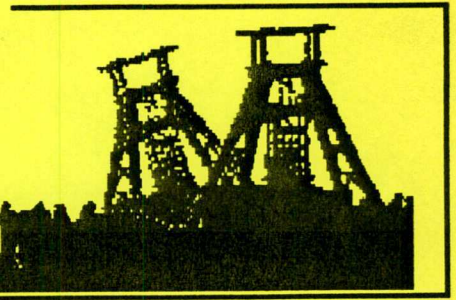
Aus zahlreichen Orten (z.B. Lengede, Vechelde, den Braunschweiger Ortsteilen Timmerlah, Stiddien und Geitelde, usw.) wollen EinwenderInnen in Autokorsen zum Termin kommen.

Aus zahlreichen Orten wollen EinwenderInnen die Anreise mit der Bahn demonstrativ gestalten. Wie schon am 31.1.92 wollen sie in weißen Schutzanzügen über die Atommüll-Routen nach Salzgitter fahren.

**Sicher sind sich die EinwenderInnen, daß das Erörterungszelt am Samstag voller wird, als es bisher je war. Spannend dürfte allerdings die Frage sein, wie die Verhandlungsleitung mit dem Unmut der Betroffenen zurecht kommt, wenn sich das Bundesamt für Strahlenschutz der Erörterung entzieht.**

000007

# KONRAD *Press*



Pressedienst des Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.) zum KONRAD Erörterungstermin. Verantwortlich: Peter Dickel, Sophienstraße 14, 3300 Braunschweig - Während des Erörterungstermins: Tagungsbüro der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD: Tel. 05341 / 15233, Fax: 05341 / 835 - 112

25. Oktober 1992 - Nr. 16b

## KONRAD-Erörterungstermin:

### **Einwender erteilen Antragsteller Nachhilfestunde über chemische Reaktionen im Müll**

Prof. Dr. Rolf Bertram: Bundesamt für Strahlenschutz offenbart fehlende Sachkenntnisse und mangelndes Problembewußtsein / Gut gefüllte Halle beim Kindererörterungstermin

Mit 600 bis 1.000 EinwenderInnen war die Leichtbauhalle in der Neißestraße in Salzgitter, in der der Erörterungstermin für das geplante Atommüll-Endlager Schacht KONRAD z.Zt. stattfindet, beim "Kindererörterungstermin" am Samstag Nachmittag deutlich voller, als an irgend einem anderen Tag der bisherigen Erörterung.

Kinder, Eltern und der Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, MdB Wilhelm Schmidt (SPD) machten ihr Unverständnis darüber deutlich, wie in dem KONRAD-Verfahren über die Interessen der betroffenen Region und der Generationen, die künftig hier leben wollen, hinweggegangen werde. Das Bundesamt für Strahlenschutz, das gegenüber den Kindern um sachlichen Ton bemüht blieb, kritisierte in einer Presseerklärung, das Erörterungszelt sei erneut zum "Diskussions- und Demonstrationsforum" geworden und kritisierte erneut die Verhandlungsleitung. Beobachter schlossen daraus, daß das Bundesamt verkenne, daß die Genehmigung eines solchen Endlagers wesentlich auch vom Kriterium der "Sozialverträglichkeit" abhängt, letztlich von der Frage der Akzeptanz in der Bevölkerung. Vermutet wurde auch, das Bundesamt wolle den Boden für Verfahrensanträge oder administrative Maßnahmen aus Bonn vorbereiten.

### **Chemische Reaktionen im Müll**

Am Samstag Vormittag hatte sich das Bundesamt redlich bemüht, auf die Fragen des braunschweiger Physiko-Chemikers Prof. Dr. Rolf Bertram einzugehen, die dieser bereits am Donnerstag eingebracht hatte. Bertram hatte aufgrund der Planunterlagen eingewandt, chemische Reaktionen im einzulagernden Müll seien unzureichend untersucht worden.

Tatsächlich konnte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Aussagen des Planes kaum konkretisieren oder durchgeführte Untersuchungen nachweisen. Zwar werde Atommüll in Deutschland nicht mehr in Bitumen eingebunden, wohl aber Abfälle, die aus Frankreich und Großbritannien zurückkommen, mußte das BfS eingestehen, ohne substanzielles zur strahlenchemischen Beeinflussbarkeit des Bitumens sagen zu können. Das Bitumen selbst Quelle radioaktiven Kohlenstoffes sein könne, überraschte die Antragsteller vollends, die sich hierüber von Bertram belehren lassen mußte.

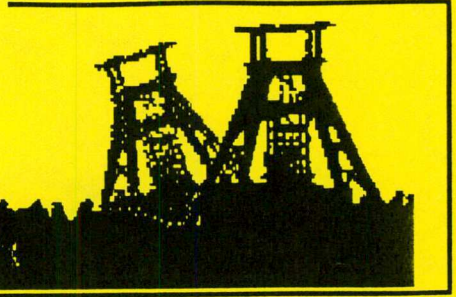
Bertram kritisierte die bisherige Nichtbeachtung chemischer Reaktionsprozesse als typisches Fehlen systemanalytischen Denkens beim Antragsteller. Bertram: "Wenn bei einem Projekt solchen Ausmaßes elementare Sachkenntnisse und das nötige Problembewußtsein fehlen, muß schon von mangelnder Sorgfaltspflicht gesprochen werden".

Die Einwendung von Prof.Dr. Rolf Bertram wird am kommenden Mittwoch, dem 28.10.92 ab 12.30 Uhr zusammen mit der Einwendung der Städte Salzgitter, Braunschweig und Wolfenbüttel weiter erörtert.

000008



# KONRAD *Press*



Pressedienst des Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.) zum KONRAD Erörterungstermin. Verantwortlich: Peter Dickel.  
Sophienstraße 14, 3300 Braunschweig - Während des Erörterungstermins: Tagungsbüro der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD: Tel. 05341 / 15233, Fax: 05341 / 835 - 112

Nr. 16/a - Samstag, 24.10.92

## Konrad Erörterungstermin:

### **Bundesamt für Strahlenschutz auf Konfrontationskurs**

Kommunen monieren "kommunalunfreundliches Verhalten" / Salzgitter zweifelt ernsthaftes Interesse des Antragstellers an

Bei der Erörterung der 289.387 Einwendungen gegen die Pläne für ein Atommüll-Endlager Schacht KONRAD, die seit dem 25. September in Salzgitter stattfindet, ist es am Freitag Abend zu einem ersten großen Eklat gekommen. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), das den Bund als Antragsteller vertritt, weigerte sich, einen Themenkomplex aus der Einwendung der Städte Salzgitter, Braunschweig und Wolfenbüttel mit deren Sachbeiständen und dem Rechtsvertreter der Gemeinde Lengede zu erörtern. Es verwies darauf, diese Fragen seien bereits am Montag in Verbindung mit der Einwendung des DGB ausreichend erörtert und es sei Sache der Genehmigungsbehörde deutlich zu machen, ob sie weiteren Klärungsbedarf habe.

Bereits seit Anfang der Woche hatte das Bundesamt einen deutlich forscheren Ton angeschlagen. BfS-Delegationsleiter Thomauske qualifizierte mündlich vorgetragene Einwende mehrfach als "Lernfragen" ab, maßregelte EinwenderInnen und die Verhandlungsleitung und erklärte Themenkomplexe, bei denen EinwenderInnen Erörterungsbedarf anmeldeten einseitig für abgeschlossen. In Presseerklärungen monierte das BfS die Länge und die Kosten des Erörterungstermins und machte sich über einzelne EinwenderInnen bzw. zwei Schulklassen, die als EinwenderInnen während des Schulunterrichtes erschienen waren, lustig.

Am Freitag Abend brüskierte das Bundesamt erstmals auch die besonders engagierten kommunalen EinwenderInnen: Nach einer längeren Phase der sachlichen Diskussion verweigerte es die weitere Erörterung zu einem Zeitpunkt, als der Physiker Wolfgang Neumann (GRUPPE ÖKOLOGIE Hannover/Sachbeistand für die Städte Salzgitter, Braunschweig und Wolfenbüttel) auf Widersprüchlichkeiten in den Aktivitätsbegrenzungen der einzulagernden Abfälle zu sprechen kam.

Nach einer von den Kommunen beantragten Verfahrenspause, erklärte der Rechtsvertreter der Stadt Salzgitter, Köhnke, die Stadt Salzgitter sei verwundert über das Verhalten des Bundesamtes und frage sich, wie ernst es der Antragsteller mit seinem Antrag meine. Offensichtlich habe der Antragsteller "kein Interesse mehr an einem geordneten Planfeststellungsverfahren und einem abgewogenen Planfeststellungsbeschluß". Auch der Rechtsvertreter der Gemeinde Lengede, Rechtsanwalt Nümann, schloß sich der Kritik an und verwies auf den Grundsatz des "kommunalfreundlichen Verhaltens" von Bundesbehörden. Der Delegationsleiter des Bundesamtes, Thomauske, beeilte sich daraufhin, zu erklären, sein Verhalten sei nicht als Affront gegen die Einwender gemeint, sondern als Kritik an der Verhandlungsleitung, die kein eigenes Erörterungsinteresse erkennen lasse.

Die Erörterung der Einwendung der Stadt Salzgitter zum Themenkomplex 2 (Abfälle, Endlagerbedingungen, Entsorgungskonzept) soll am Mittwoch, dem 28.10.92 um 12.30 Uhr fortgesetzt werden. Die Sachbeistände wollen ihre Fragen bis zu diesem Zeitpunkt noch einmal präzisieren und das Bundesamt für Strahlenschutz und den TÜV (als Gutachter der Genehmigungsbehörde) dann erneut um Stellungnahme bitten. Ein Beobachter: "Was immer das Bundesamt mit seinem Verhalten bezweckt haben mag, für heute hat es sich zumindest über die Zeit gerettet."

## Tagesvorschau, Samstag, 24.10.92

Samstag, 24. Okt. 92 (16. Erörterungstag)  
Verhandlungszeit: 10.00 - 16.00 Uhr  
vorgesehen: 10.00 Uhr Stellungnahme Bundesamt für Strahlenschutz zu chemischen  
Prozessen im endzulagernden Abfall (Einwendung Prof. Dr.  
Rolf Bertram, siehe anliegende Dokumentation)  
14.00 Uhr "Kindererörterungstermin"

### **Chemische Zusammensetzung der Abfälle und "Kindererörterung"**

Auf die Probleme der chemischen Prozesse in dem einzulagernden Müll hat der braunschweiger Physiko-Chemiker und Einzeleinwender **Prof. Dr. Rolf Bertram** in einer längeren mündlichen Einwendung am Donnerstag Abend hingewiesen: **Im Prinzip sei das Endlager ein riesiger chemischer Reaktor.** Das Bundesamt für Strahlenschutz sah sich nicht in der Lage, zu der komplexen Fragestellung, die in der Anlage dokumentiert ist, sofort Stellung zu nehmen. Da die etwa 150 anwesenden EinwenderInnen großes Interesse äußerten, an der mündlichen Erörterung dieser Fragen teilnehmen zu können, wurde die Stellungnahme des Bundesamtes für Strahlenschutz für den Beginn des morgigen Verhandlungstages vereinbart.

Bertram selbst ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß er an eine schnelle Abhandlung dieser Fragen aus seinem beruflichen Spezialgebiet glaubt. Auf die Frage des Verhandlungsleiters, Dr. Schmidt-Eriksen, was er denn selbst glaube, wie lange ein Fachmann zur Beantwortung der von ihm aufgeworfenen Fragen brauche, meinte Bertram: "Wenn er gut ist, kann er mit drei Tagen auskommen."

**Prof. Dr. Rolf Bertram ist einer der Väter der wissenschaftlichen Kritik an der Atomenergie in Deutschland und Mitglied der GRÜNEN.**

Für **Samstag, 14.00 Uhr** hat die **Bürgerinitiative Vechelde** zu einem **Kinder-Erörterungstermin aufgerufen**. "Töpfer will durch Atommüllendlagerung einen neuen Generationsvertrag schaffen: Kinder haften für ihre Eltern", heißt es in dem Aufruf. Dagegen sollen die Kinder als wirkliche Betroffene und Repräsentanten zukünftiger Generationen zu Wort kommen. **Zugesagt hat seine Teilnahme auch der Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, MdB Wilhelm Schmidt (SPD).**

#### **Dokumentation:**

**Mündlicher Einwand von Prof. Dr. Rolf Bertram zu den chemischen Prozessen im Abfall** (vorgetragen Donnerstag, 22.10., Stellungnahme des BfS morgen, 24.10., 10.00 Uhr).

#### **In eigener Sache**

**KONRAD Press** versucht, schnell und informativ Fakten aus kritischer Sicht zu liefern. Da wir den Pressedienst frei anbieten und über unterschiedliche Fax-Verteiler verbreiten lassen, wissen wir nicht, ob in jedem Falle die erforderlichen Informationen an die richtige Adresse kommen. Für Hinweise, welche weiteren Informationen für Sie interessant sind, oder wie wir Sie schneller und direkter erreichen können, wären wir Ihnen daher dankbar.

000010

## **Dokumentation:**

Prof. Dr. Rolf Bertram, Physiko-Chemiker (TU-Braunschweig) als Einzeleinwender am Donnerstag, 22.10.92 zu den chemischen Reaktionen im Endlager. Die Stellungnahme des Bundesamtes für Strahlenschutz ist für Samstag, 24.10.92 zu Beginn der Verhandlung angekündigt.

## **Unkalkulierbare chemische Prozesse unzureichend untersucht**

"In den Antragunterlagen sind die Untersuchungen zur Radiochemie, Strahlenchemie und "Heiße Chemie" der abgelagerten Abfälle, die sich ja nicht in Ruhe befinden, mehr als dürftig.

Im chemischen Sinne sind in einem Endlager Tausende von Chemischen Verbindungen (anorganische und organische) versammelt. Allein bei der "Mantelmasse Bitumen" handelt es sich um ein undifferenziertes Gemisch von über 100 Kohlenwasserstoffen. ...

Da die genaue Zusammensetzung der Abfallgebinde im chemischen Sinne nicht bekannt ist, kann man logischerweise auch nicht wissen, was mit diesen Stoffen geschieht. Aber selbst wenn man diese Zusammensetzung wüßte, wäre das was sich an chemischen Veränderungen im Laufe der Zeit ereignet nicht kalkulierbar.

Ich sehe darin ein wesentliches Argument für die Nichteignung des vorgelegten Endlagerkonzeptes. Das, was heute dort eingelagert würde, hätte bereits nach wenigen Jahrzehnten eine völlig andere Konsistenz.

## **Das Endlager ist ein riesiger chemischer Reaktor**

Im Sinne der chemischen Reaktionstechnik liegt hier - gewissermaßen - ein riesiger chemischer Reaktor vor mit Tausenden von Ausgangsstoffen, zwischen denen sich eine unüberschaubare Vielfalt von Reaktionen abspielt. Diese führen zu Reaktionsprodukten, also zu neuen Stoffen, die ihrerseits auf die chemischen Prozesse rückkoppeln. Die verschiedenen Teilreaktionen sind teils unabhängig voneinander, teils sind sie miteinander gekoppelt. Jeder Chemiestudent im 3. Semester könnte Sie hierüber aufklären. Möglicherweise handelt es sich hier um Reaktionen mit "geringem Umsatz": Über die Jahre oder Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte findet in jedem Fall eine totale Veränderung der eingelagerten Stoffe statt:

- Zersetzung von Flüssigkeiten und Feststoffen sind unvermeidbar.
- Diese führen (in der Regel) zur Bildung von Gasen.
- Bei der Vielzahl der präsenten Stoffe werden sich auch katalytische Reaktionen ereignen: es kann zur Entzündung, zur Explosion kommen.

Hier handelt es sich nicht um Spekulationen oder hypothetische Sonderfälle: Das, was ich geschildert habe, wäre der chemische Alltag unter Tage. Hier geht es auch nicht um eine Meinung, die durch eine Gegenmeinung paralysiert werden kann, denn ich habe hier nur aufgezählt, was im Endlagerbetrieb radiochemisch und strahlenchemisch ablaufen wird.

Allein die unvermeidbare Gegenwart von Luft, Wasser und Wasserdampf führt unter dem Einfluß ionisierender Strahlung zu komplizierten Reaktionsketten mit sehr kritischen Produkten, z.B. Knallgas.

## **Was wurde untersucht ?**

Da ich mir nicht vorstellen kann, daß sie diese für eine Bewertung wesentlichen Fakten nicht untersucht haben, würde ich gerne wissen:

1. Welche chemischen Prozesse hat der Antragsteller untersucht oder untersuchen lassen,
2. Wer hat diese Untersuchungen durchgeführt ?
3. Zu welchen Ergebnissen ist der Antragsteller im Detail gekommen ?
4. Wo sind diese Untersuchungen nachprüfbar einzusehen ?
5. Welche Bedeutung mißt der Antragsteller im Rahmen der Gesamtergebnisse diesen Untersuchungsergebnissen bei ?

# KONRAD *Press*



Pressedienst des Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.) zum KONRAD Erörterungstermin. Verantwortlich: Peter Dickel, Sophienstraße 14, 3300 Braunschweig - Während des Erörterungstermins: Tagungsbüro der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD: Tel. 05341 / 15233, Fax: 05341 / 835 - 112

Donnerstag, 22. Oktober 1992  
14. Erörterungstag  
Verhandlungszeit: 10.00 - 20.00 Uhr

*Tagesvorschau*

Themenkomplex 2: "Abfälle, Endlagerbedingungen, Entsorgungskonzept"

## Weiterhin unklar: "Welcher Müll soll in Schacht KONRAD eingelagert werden ?"

Zusammensetzung und Herkunft des Atommülls, der bei einem Endlager KONRAD einzulagern wäre, werden voraussichtlich auch beim heutigen 14. Tag der KONRAD-Erörterung im Mittelpunkt stehen. In der bisherigen Erörterung dieses Fragenkomplexes, bei dem es v.a. um Abfälle aus der Wiederaufarbeitung in Frankreich gegangen war, hatte es das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) abgelehnt, über den real-existierenden Atommüll zu reden. Aufgabe des BfS sei allein, Kriterien zu entwickeln, welcher Müll in KONRAD eingelagert werden dürfe. Im Übrigen sei es Sache der Anlieferer, dafür zu sorgen, daß der Müll den hier festzulegenden Kriterien entspreche. Claus Schröder, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.:

*"Wenn es das Bundesamt für Strahlenschutz ablehnt, über den real existierenden Müll zu reden, ist dies nicht nur lebensfremd, sondern brüskiert auch die große Anzahl von Menschen, die der Atomenergie zwar kritisch gegenüberstehen, aber akzeptieren, daß der vorhandene Müll ja irgendwo hin muß. Tatsächlich wird es bei einem Endlager doch genauso laufen, wie im vergangenen Jahr mit den Containern aus dem belgischen Mol, deren Aufnahme ins Zwischenlager Gorleben vom Bund einfach per Weisung erzwungen wurden. Sie waren da, also mußten sie auch ins Zwischenlager, egal woher sie kamen und wie sie zusammengesetzt sind. Wenn jetzt ein weiteres, riesiges Zwischenlager in Gorleben beantragt wird, zeigt dies doch nur, unter welchem ungeheuren Entsorgungsdruck die Energiewirtschaft schon heute steht. Und was heute zwischengelagert wird, soll morgen schließlich endgelagert werden. Also wird es für die EinwenderInnen nach wie vor darum gehen, zu klären, um welchen Atommüll es real geht, und umgekehrt: welches Gefahrenpotential sich bei KONRAD aus dem zur Endlagerung real anstehenden Atommüll ergeben würde."*

Voraussichtlich am kommenden Mittwoch wollen sich EinwenderInnen aus Gorleben und von anderen Atommüll-Standorten im Erörterungstermin zu Wort melden.

### Dokumentation:

#### **Beschluß des 17. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall gegen KONRAD.**

Wie bereits an den vorausgegangenen Donnerstagen, wollen sich auch heute wieder KollegInnen aus den Metallbetrieben in Salzgitter im Rahmen der BürgerInnenstunde (ab etwa 17.00 Uhr) zu Worte melden. Der Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg hatte am vergangenen Samstag, dem 17. Oktober, eine eindeutige Absage an das Endlager KONRAD beschlossen.

000012

# IG Metall Verwaltungsstelle Salzgitter



Salzgitter, 20. Oktober 1992

Der 17. ordentliche Gewerkschaftstag in Hamburg (10.-17.10.92) hat beschlossen:

Die Delegierten des 17. ordentlichen Gewerkschaftstages bekräftigen die gewerkschaftliche Position nach einem schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie. Die Bundesregierung plant, gegen den Willen der niedersächsischen Landesregierung mitten in der Industrieregion Salzgitter / Braunschweig/Wolfsburg die größte Atommülldeponie Europas im ehemaligen Erzbergwerk Schacht Konrad einzurichten.

Die Entsorgung radioaktiver Abfälle ist im Zusammenhang mit den vielfältigen ungelösten Problemen bei der Atomenergie von zentraler Bedeutung im gegenwärtigen Erörterungsverfahren über die Eignung der Schachanlage Konrad in Salzgitter. Als Lagerstätte für radioaktive Abfälle sollen die ca. 290.000 Einwendungen objektiv erörtert werden. Seit Jahren haben die örtlichen Gewerkschaften und der DGB einen intensiven Diskussionsprozeß über die Einlagerung atomarer Abfälle in Schacht Konrad geführt. In Zusammenarbeit mit Experten und Sachverständigen des DGB-Bundesvorstandes wurden gravierende Bedenken deutlich.

Diese betreffen u.a.:

- die Langzeitsicherung
- erhebliche Risiken beim Transport atomarer Abfälle, insbesondere für die mit der Durchführung beauftragten Arbeitnehmer und die in der Region lebenden Bürger
- ungelöste Probleme bei der Niedrigstrahlung, zumal aktuelle Forschungsergebnisse davon ausgehen, daß der beruflichen Strahlenbelastung die natürliche hinzuzurechnen sei
- unzureichende wissenschaftliche Untersuchungen über das Zusammenwirken von vorhandenen Umweltschadstoffen mit radioaktiven Stoffen (Synergismus-Effekte)
- bisher nicht wirksame Kontrollen bei der Erzeugung, Deklaration und Verbringung radioaktiver Abfälle
- bewußte Unterlassung, alternative Standorte zu Schacht Konrad zu untersuchen.

Die Delegierten des 17. ordentlichen Gewerkschaftstages stellen fest, daß die Sicherheit der Arbeitnehmer und der Bürger von höchster Priorität sind. Die genannten Einwendungen der Einzelgewerkschaften und des DGB lassen aus heutiger Sicht eine Eignung der Schachanlage Konrad als Endlagerstätte radioaktiver Abfälle nicht zu.

Die IG Metall lehnt deshalb die Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad ab.

000013